



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 14.09.2006

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Vaupel und Verwaltung Mitglieder der Bürgerinitiative gegen das Bordell erstatteten Anzeige wegen Rechtsbeugung

von Werner Girgert

Drei Mitglieder der Bürgerinitiative gegen das Bordell in der Siemensstraße haben als Privatpersonen bei der Marburger Staatsanwaltschaft Anzeige gegen Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) und Verantwortliche der Bauverwaltung erstattet. Das bestätigte der zuständige Staatsanwalt Holger Willanzheimer. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen Rechtsbeugung und sichte derzeit die von der Stadt zur Verfügung gestellten Unterlagen zum Genehmigungsverfahren, so Willanzheimer.

Als Grund für die Anzeige nannte die Sprecherin der Bürgerinitiative, Inge Hauschildt-Schön, gestern im Gespräch

mit der OP „viele Ungereimtheiten“ im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren durch die Stadt, die auch durch die Arbeit des Akteneinsichtsausschusses nicht ausgeräumt worden seien. Nach OP-Informationen haben die Anzeigerstatter gegenüber der Staatsanwaltschaft den Verdacht geäußert, dass die Beteiligten am Genehmigungsverfahren möglicherweise unter Druck gesetzt worden seien oder Bestechung im Spiel gewesen sei.

Hauschildt-Schön wiederholte unter anderem den Vorwurf, dass die Stadt zwei Monate untätig geblieben sei, obwohl sie nach einem Artikel in der OP davon Kenntnis hätte haben müssen, das an dem künftigen Bordellgebäude ohne Baugenehmigung gearbeitet worden sei (die OP berichtete). Außerdem sei das fällige Bußgeld wegen der illegalen Bauarbeiten erst verspätet erhoben worden.

Darüber hinaus wirft Hauschildt-Schön dem Oberbürgermeister vor, noch zu einem Zeitpunkt, als er bereits von den Verbindungen zwischen einem der Angeklagten im Prozess wegen Menschenhandels und Zwangsprostitution und den Marburger Bordellbetreibern hätte wissen müssen, öffentlich geäußert zu haben, dass die Personen nichts miteinander zu tun hätten.

Als weiteren Vorwurf, der in den Unterlagen enthalten ist, die Hauschildt-Schön und ihre Mitstreiter der Staatsanwaltschaft übergeben haben, nann-

te sie, dass dem Akteneinsichtsausschuss von der Stadt nicht alle Schriftstücke im Zusammenhang des Genehmigungsverfahrens vorgelegt worden seien. So habe in den Akten sowohl die erste Anfrage des Magistrats an das Regierungspräsidium wegen der Sperrgebietsverordnung gefehlt als auch die Stellungnahme des Regierungspräsidiums vom 23. September vergangenen Jahres. Nach Abschluss der Arbeit des Akteneinsichtsausschusses bleibt aus Sicht von Hauschildt-Schön der Eindruck haften, dass die Stadt gegenüber den Bordellbetreibern immer wieder eine auffällige Nachsicht bewiesen habe.

Bürgermeister Dr. Franz Kahle (Grüne) bestätigte ges-

tern, dass die Stadt der Staatsanwaltschaft die Genehmigungsakten zur Verfügung gestellt habe. Kahle sagte, die Stadt erwäge ihrerseits, Strafanzeige gegen die Vertreter der Bürgerinitiative zu stellen, wenn diese den Vorwurf der Bestechlichkeit gegen die Verwaltung erheben sollte.

„Meine Mitarbeiter und ich, wir haben uns nichts vorzuwerfen“, kommentierte Vaupel die Anzeige. Deshalb sehe er der staatsanwaltschaftlichen Prüfung gelassen entgegen. Mit den Vorwürfen der Rechtsbeugung und der möglichen Bestechlichkeit demaskierten sich die Sprecher der Bürgerinitiative selbst. „Ich weiß nicht, ob es überhaupt noch um das Bordell geht“, so Vaupel.